

VU Research Portal

Alternativen bei der Einführung von 'Bologna'. Die Umstellung auf das BA/MA-System in der niederländischen Politikwissenschaften

Nölke, A.

2003

document version

Publisher's PDF, also known as Version of record

[Link to publication in VU Research Portal](#)

citation for published version (APA)

Nölke, A. (2003). *Alternativen bei der Einführung von 'Bologna'. Die Umstellung auf das BA/MA-System in der niederländischen Politikwissenschaften*. (Working Papers Political Science; No. 04/2003).

General rights

Copyright and moral rights for the publications made accessible in the public portal are retained by the authors and/or other copyright owners and it is a condition of accessing publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

- Users may download and print one copy of any publication from the public portal for the purpose of private study or research.
- You may not further distribute the material or use it for any profit-making activity or commercial gain
- You may freely distribute the URL identifying the publication in the public portal ?

Take down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.

E-mail address:

vuresearchportal.ub@vu.nl

Working Papers Political Science No. 04/2003
ISSN 1569-3546
Amsterdam, November 2003

Alternativen bei der Einführung von 'Bologna'
Die Umstellung auf das BA/MA-System
in der niederländischen Politikwissenschaft

Andreas Nölke
e-mail: a.nolke@fsw.vu.nl

Department of Political Science
De Boelelaan 1081c – DBL 859
1081 HV Amsterdam
The Netherlands
Internet: www.politicalscience.nl
Email: info@politicologie.vu

Phone +31 20 444 6852
Fax +31 20 444 6820



Abstract

Alternativen bei der Einführung von Bologna: Die Umstellung auf das BA/MA-System in der niederländischen Politikwissenschaft

Die Umsetzung der Erklärung von Bologna findet in den Signatarstaaten bisher in recht unterschiedlichem Maße statt. Dies gilt besonders für die Einführung eines gestuften Studiensystems. Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen in den Niederlanden und in Deutschland wird daher hier zum Anlass genommen, einige Erfahrungen mit der Einführung des niederländischen BA/MA-Systems im Bereich Politikwissenschaft zusammenzufassen, als Anregung für eine breitere Reformdiskussion in der Bundesrepublik. Der Schwerpunkt des Beitrags liegt einerseits bei den gestalterischen Alternativen, die sich beim Übergang auf das neue BA/MA-System eröffnen und andererseits auf den konkreten Erfahrungen, die an der Vrije Universiteit Amsterdam bei der Umsetzung einzelner Optionen gewonnen wurden.

Alternatives for introducing Bologna: The adjustment towards the BA/MA-system within Dutch Political Science

The implementation of the Bologna Declaration differs considerably between participating countries. This is most true for the introduction of a two-tier study system. The different pace of developments within the Netherlands and Germany is taken as the point of departure for a summary of some experiences with the introduction of the BA/MA-system within Dutch Political Science, in order to stimulate a broad-based discussion in Germany. The focus of the article lies on the alternative design options available, on the one hand, and concrete experiences with the implementation of these options at the Vrije Universiteit Amsterdam, on the other.

More information about studying at the VU Amsterdam

Bachelor Political Science: <http://politicologie.scw.vu.nl/bachelor.html>

Master Political Science: <http://www.fsw.vu.nl/english/> (degree programmes/master's programmes/master in political science)

Department of Political Science: <http://www.politicalscience.nl>

1. Die Umsetzung der Erklärung von Bologna in den Niederlanden und in Deutschland¹

In der Erklärung von Bologna (1999) haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie 14 weiterer europäischer Staaten verpflichtet, im Rahmen eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums (European Higher Education Area/EHEA) bis 2010 die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen sowie die Mobilität von Studierenden zu verbessern. Dabei standen sechs Aspekte im Vordergrund:

- Einführung eines Systems von leicht verständlichen und vergleichbaren Studienabschlüssen (z.B. durch das *European Diploma Supplement*).
- Einführung eines Studiensystems, das im wesentlichen auf zwei Zyklen beruht (*undergraduate* und *graduate*).
- Einführung eines gemeinsamen *credit point systems* (ECTS).
- Förderung der studentischen Mobilität in Europa (Anerkennung ausländischer Studienleistungen, Abbau von Immigrationsrestriktionen etc.).
- Förderung der europäischen Kooperation bei der Qualitätssicherung, z.B. im Rahmen von Akkreditierungsorganisationen.
- Die Erhöhung des “europäischen Inhaltes” von einzelnen Studiengängen, insbesondere durch den Ausbau von Universitätsnetzwerken, Partnerschaften und Doppelabschlüssen.²

Inzwischen umfasst der sogenannte Bologna-Prozess 40 Staaten, die in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen, Seminaren und Konferenzen kooperieren (vgl. umfassend Keller 2003a, 2003b). Angestoßen wurde er von Frankreich, Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik, die sich im Rahmen der Sorbonne-Erklärung (1998) auf die Harmonisierung ihrer Hochschulbildungssysteme verständigt hatten. Alle zwei Jahre findet eine umfassende Bestandsaufnahme und Neuausrichtung des Bologna-Prozesses durch die Wissenschaftsminister des Europäischen Hochschulraums statt. Bei der ersten Bestandsaufnahme in Prag (2001) wurde der Bologna-Prozess so um weitere drei Elemente erweitert, und zwar durch die Betonung des lebenslangen Lernens, die aktive Involvierung der Hochschulen und der Studierenden in den Reformprozess und die Steigerung der Attraktivität der EHEA für außereuropäische Studierende. In diesem Herbst haben die Wissenschaftsminister nun im Rahmen der zweiten großen Bestandsaufnahme in Berlin (18./19.9. 2003) wiederum den Fortschritt des Bologna-Prozesses diskutiert und dabei als ein weiteres Element das Doktorandenstudium hinzugefügt.

Die Umsetzung der Erklärung von Bologna findet in den Signatarstaaten bisher in recht unterschiedlichem Maße statt. Dies gilt besonders für das zweite Element, die Einführung eines gestuften Studiensystems, das in der dominierenden Wahrnehmung aus einem 3-4 jährigen Bachelor-Studiengang und einem 1-2 jährigen Master-Studiengang bestehen soll.³ Von der Einführung der BA/MA-Struktur wird generell erwartet, dass sie die individuelle Flexibilität sowie die grenzüberschreitende Mobilität der Studierenden deutlich erhöht (BA und MA in verschiedenen Ländern, größere Vergleichbarkeit und damit leichtere Anerkennung von Abschlüssen) und europäische Universitäten – durch Annäherung an den BA/MA- Weltstandard – für Studierende aus anderen Weltregionen attraktiver macht.

Einzelne Beobachter und Interessengruppen erwarten sich zudem vom Systemwechsel eine durchgreifende Studienzeitverkürzung (samt entsprechenden Einsparungen) und Entrümpelung der Curricula, gerade in Deutschland (vgl. Tauch/Rauhvargers 2002: 13) sowie insbesondere in den Sozialwissenschaften eine Verringerung der hohen Abbrecherzahlen bzw. – präziser – eine Zertifizierung der Studiaussteiger (Pasternak 2001: 293).

Die Einführung der BA/MA-Struktur ist die weitaus eingreifendste Reformmaßnahme im Rahmen des Bologna-Prozesses. In den meisten kontinentaleuropäischen Ländern dominiert traditionell ein relativ lang angelegtes einstufiges System, so dass mit der Einführung der BA/MA-Struktur massive Veränderungen einhergehen. Im Gegensatz zu anderen Elementen des Prozesses, die zentral implementiert werden können (z.B. Akkreditierung, *Diploma Supplement* oder ECTS), ruft die Einführung der BA/MA-Struktur zudem umfangreiche Reformmaßnahmen auf der Arbeitsebene einzelner Universitäten hervor – und entsprechende Konflikte und Probleme. Auch bei den europäischen Interessenvertretungen ist die zweistufige Struktur das weitaus kontroverseste Element des Bologna-Prozesses (vgl. Tauch/Wuttig 2003). Moniert wird in der kritischen Diskussion einerseits die begrenzte Akzeptanz eines nur drei- oder vierjährigen Abschlusses in Wirtschaft und Gesellschaft, aber andererseits auch die Gefahr, dass ein Großteil der Studierenden in einem relativ kurzen, verschulden Zyklus in den Arbeitsmarkt durchgeschleust werden soll bzw. für den Zugang zur zweiten Studienphase zusätzliche (auch finanzielle) Hürden aufgestellt werden könnten. Die Einführung des zweistufigen Systems gefährdet in dieser Sicht auch den sozialen und persönlichkeitsbildenden Charakter der Universitäten, wie z.B. in der Göteborg-Erklärung des europäischen Studierendenassoziation (ESIB 2001) artikuliert. Zudem wird aus dieser Perspektive auch die Verkürzung der Diskussion auf eine isolierte Reform formaler Studienstrukturen kritisiert, wobei der notwendige personelle Mehraufwand und die soziale Absicherung der Studierendenmobilität vernachlässigt werden. Dort wo BA/MA-Modelle bereits umgesetzt wurden, stößt als konkrete studentische Sorge eine unrealistische Arbeitsbelastung in den neuen *Credit*-Systemen hinzu (Reichert/Tauch 2003: 4), insbesondere wenn dabei vormals fünfjährige Ausbildungsprogramme nun in vierjährige Programme gepresst werden sollen, ohne nennenswerte Abstriche an den Studieninhalten zu machen. Die meisten europäischen Regierungen haben jedoch beschlossen, in absehbarer Zeit ein gestuftes Studiensystem einzuführen. Neben der traditionell zweistufigen Ausrichtung der angelsächsischen Länder haben u.a. auch Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Italien und Frankreich dieses Modell adaptiert (vgl. Tauch/Rauhvargers 2002: 8-19). Die jüngste Bestandsaufnahme zum Fortschritt des Bologna-Prozesses ergab, dass 53% der *Higher Education Institutions* im Europäischen Hochschulraum das zweistufige Modell eingeführt haben bzw. dabei sind es zu implementieren, während weitere 36% dessen Einführung konkret planen (vgl. Reichert/Tauch 2003: 7).

Auch die niederländische Regierung hat entschieden, mit Beginn des Studienjahres 2002/2003 ihr Studiensystem grundsätzlich auf das BA/MA-System umzustellen. In den Sozialwissenschaften wird dabei im Regelfall ein dreijähriges BA-Studium mit einem einjährigen MA-Studium kombiniert; nur in wenigen Ausnahmen ist ein zweijähriger Master möglich. In den Niederlanden herrscht – im Vergleich zur Bundesrepublik – ein weitaus höherer Grad an Zentralisierung im Hochschulwesen. Universitäten haben eine relativ geringe

Autonomie, Ähnliches gilt für die einzelnen Fachgruppen und Professoren. Dementsprechend haben die niederländischen Universitäten beschlossen, ihre bisherigen Studienprogramme (mit wenigen Ausnahmen, z.B. in den medizinischen Fächern) auslaufen zu lassen und neue Studierende ab Herbst 2002 nur noch zu BA/MA-Studiengängen zuzulassen.

In Deutschland hingegen verläuft die Umsetzung der Bologna-Erklärung eher schleppend und ungleichmäßig, so dass die Bundesrepublik eindeutig zu den Nachzüglern des Bologna-Prozesses gehört (vgl. Tauch/Rauhvargers 2002:13; Reichert/Tauch 2003:3). Ähnlich wie in den anderen Ländern des Europäischen Hochschulraums wurden die rechtlichen Grundlagen für die Einführung des zweistufigen Systems bereits vor einiger Zeit geschaffen, doch werden diese von den Universitäten bisher nur in begrenztem Maße genutzt.⁴ Zwar gibt es seit längerem eine Reihe von Master-Programmen – häufig als isolierter Postgraduiertenstudiengang, wie der *Master of Public Administration* in Potsdam – sowie einzelne Universitäten, die schon vor einiger Zeit BA-Programme eingeführt haben (in der Politikwissenschaft v.a. Darmstadt und Bielefeld sowie Dresden im Bereich Internationale Beziehungen), doch von einer flächendeckenden Einführung des gestuften Systems kann bisher keine Rede sein, auch wenn das Wachstum der neuen Studienformen enorm ist. So studierten im WS 2000/2001 in der Bundesrepublik gerade 18,945 der insgesamt 1,8 Mio. Studierenden in den neuen BA- oder MA-Studiengängen, von denen sich aber 11,734 Studierende im ersten Semester befanden, mehr als 5% aller Erstsemester bundesweit (vgl. KMK/HRK/BMF 2002: 4; Keller 2003a: 21). Im Sommersemestersemester 2003 machten die neuen Studiengänge gut 15% des Studienangebotes an deutschen Hochschulen aus (HRK 2003: 3). Probleme bei der Ausweitung ergaben sich bisher u.a. hinsichtlich der Kompatibilität der BA/MA-Struktur mit den traditionellen deutschen Staatsexamen sowie den Zugangsmöglichkeiten von BA-Absolventen zum öffentlichen Dienst. Darüber hinaus verhindern der föderale Charakter und die relativ ausgeprägte Autonomie einzelner Universitäten eine systematische Einführung des neuen Studienaufbaus. Trotzdem kann bereits jetzt konstatiert werden, dass die Einführung des BA/MA-Systems in Deutschland wie auch in anderen kontinentaleuropäischen Ländern die eingreifendste Reformmaßnahme der letzten Dekaden darstellt (Tauch/Rauhvargers 2002: 13; Keller 2003a: 2). Umso problematischer ist in diesem Zusammenhang, dass die Debatte über diese und andere Elemente des Bologna-Prozesses in der Bundesrepublik im Regelfall allenfalls auf der Ebene der Universitätsspitzen und der professionellen Studienreformer sowie der Wissenschaftsverbände geführt wird, nicht jedoch auf der akademischen Arbeitsebene und mit den Studierenden (Reichert/Tauch 2003:3). Auch in der deutschen Politikwissenschaft hat sich die BA/MA-Diskussion bisher auf eine relativ kleine Gruppe von SpezialistInnen und DVPW-Gremien beschränkt, was angesichts der nun anstehenden gravierenden Eingriffe in die Studienorganisation nicht unproblematisch ist.

Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen in den Niederlanden und in Deutschland wird daher hier zum Anlass genommen, einige Erfahrungen mit der Einführung des niederländischen BA/MA-Systems im Bereich Politikwissenschaft zusammenzufassen, als Anregung für eine breitere Reformdiskussion in der Bundesrepublik. Diese Vorgehensweise bietet sich auch auf Grund der relativ großen Übereinstimmung des in den Niederlanden gewählten Modells mit den von der DVPW (2001, 2003) vorgelegten Empfehlungen zur Einführung

des BA/MA-Systems in der deutschen Politikwissenschaft an. Der Schwerpunkt meines Erfahrungsberichtes liegt auf der Einführung neuer politikwissenschaftlicher Studiengänge an der Vrije Universiteit Amsterdam (VU). Im Folgenden gebe ich zunächst einen Überblick über das politikwissenschaftliche BA/MA-Studienangebot in den Niederlanden, bevor ich etwas genauer auf die entsprechenden Studiengänge der VU eingehe. Der Schwerpunkt meines Beitrags liegt einerseits bei den gestalterischen Alternativen, die sich beim Übergang auf das neue BA/MA-System eröffnen und andererseits auf den konkreten Erfahrungen, die wir an der VU bei der Umsetzung einzelner Optionen gewonnen haben, auch unter dem Gesichtspunkt der Übertragbarkeit dieser Erkenntnisse auf das deutsche Universitätssystem. Dabei zeigt sich, dass das an der VU gewählte Modell in vielerlei Hinsicht vom deutschen Reform - *Mainstream* abweicht, obwohl es weitgehend innerhalb ähnlicher rechtlicher und professionspolitischer Parameter operiert. Es gibt also Alternativen bei der Umsetzung von Bologna.

Ausgeklammert werden in diesem Beitrag hingegen grundsätzliche gesellschafts- oder professionspolitische Überlegungen, beispielsweise zur Frage, ob es überhaupt wünschenswert ist, die nationale Verschiedenheit wissenschaftlicher Studiengänge einem allgemeinen zweistufigen Modell zu unterwerfen (vgl. Keller 2003a: 30-34; Mai 2003). Angesichts des relativ weit fortgeschrittenen internationalen Harmonisierungsprozesses – bei der Berliner Bologna-Konferenz haben die Wissenschaftsminister ihre Entschlossenheit bekräftigt, bis 2010 das zweistufige System vollständig einzuführen und spätestens bis 2005 nachweisbar mit dessen Implementation zu beginnen (vgl. Conference of Ministers 2003: 4) – wird es wohl auch in Deutschland in nächster Zeit wahrscheinlich weniger um das “ob” eines BA/MA-Modelles gehen, sondern eher um das “wie”. Trotzdem spricht einiges dafür, die Gestaltung der neuen Studiengänge zum Anlass einer breiten universitären Reformdiskussion zu nehmen, anstatt sich von außen oder oben unter vorgeblichen Zeitdruck setzen zu lassen.

2. Niederländische BA/MA-Studiengänge im Bereich Politikwissenschaft⁵

Die Sozialwissenschaften haben in den Niederlanden eine relativ kurze Tradition. Abgesehen von einer – kolonial motivierten – frühen Begründung der Anthropologie wurden diese Disziplinen erst nach dem zweiten Weltkrieg institutionalisiert, die Politikwissenschaft (mit Ausnahme der städtischen Universität von Amsterdam, 1947) erst in den späten Fünfziger und frühen Sechziger Jahren. Inhaltlich folgten die politikwissenschaftlichen Institute recht unterschiedlichen Prioritäten. Auf der einen Seite standen die frühen, mit den traditionellen Säulen der niederländischen Gesellschaft eng verbundenen Gründungen in Amsterdam (als sozialdemokratisch betrachtet), der protestantischen Freien Universität Amsterdam (1957), der Katholischen Universität Nimwegen (1961) und Leiden (1964).⁶ Hier wurde Politikwissenschaft in erster Linie als auf normativen Prinzipien beruhende Grundlagenforschung betrieben. Auf der anderen Seite standen die späten Gründungen von Rotterdam (1971) und Twente (1975), bei denen die Ausbildung und Entwicklung einer modernen Verwaltung in den Vordergrund trat, analog der deutschen Verwaltungswissenschaft. Überlagert wurden diese deutlichen Schwerpunktsetzungen zunächst durch die grundlegenden Dispute der Siebziger Jahre (Kritische Wissenschaft versus empirische Analyse) und in den späten Achtziger und frühen Neunziger Jahre durch eine grundlegende, effektivitätsorientierte Restrukturierung des gesamten niederländischen Hochschulsystems (*Selective Krimp en Groei*/SKG-Maßnahme),

bei der auch eine Reihe politikwissenschaftlicher und soziologischer Institute reorganisiert wurde (seit diesem Rückschnitt bieten nicht mehr alle genannten Universitäten Soziologie und Politikwissenschaft an). Abgesehen von der Nivellierung der divergierenden Ziele (zugunsten der empirischen Analyse und der Orientierung an angelsächsischen Vorbildern) und der Eliminierung von Studienstandorten führte diese Aktion vor allem zu einer deutlichen Reduzierung und Verkürzung der (auch politikwissenschaftlichen) Curricula (Wegfall von Fächern, Verkürzung von 6 auf 4 Jahre Regelstudienzeit).

Auch die Einführung des neuen BA/MA-Systems in der Politikwissenschaft spiegelt die relativ zentralistische – und damit homogenisierende – Verfassung des niederländischen Hochschulsystems wieder. Alle Universitäten mit einschlägigem disziplinären Schwerpunkt haben nun dreijährige politikwissenschaftliche Bachelor-Programme eingeführt.⁷ Entsprechende Master-Programme werden entwickelt, zum Teil jedoch erst später eingeführt (beispielsweise zeitlich an die Graduierung der ersten BA-Kohorte anschließend). Alle politikwissenschaftlichen Master-Programme haben eine Laufzeit von einem Jahr, mit Ausnahme von speziellen Forschungs-Mastern, die – einem Graduiertenkolleg ähnlich – die ersten zwei Jahre der Doktorandenausbildung umfassen.⁸ Der Zugang zum Master ist prinzipiell selektiv, wobei die einzelnen Studiengänge gewisse Gestaltungsmöglichkeiten haben – mit einer Ausnahme: Studierende, die einen BA an einer Universität erworben haben, erhalten automatisch ein Zugangsrecht zu einem MA an derselben Universität. Auch die übrigen Rahmenbedingungen des Bologna-Prozesses werden bei diesen neuen Studiengängen implementiert (sofern nicht bereits früher geschehen), also beispielsweise die Allokation von ECTS-Punkten und die Durchführung von (mobilitätsfördernden) studienbegleitenden Prüfungen. Auch die in Deutschland im Bologna-Kontext vieldiskutierte Modularisierung wurde in den Niederlanden ansatzweise bereits eingeführt. So sind an der VU Lehrblöcke in der Regel etwas breiter angelegt als deutsche Kurse, kombinieren verschiedene Lehr-, Studien- und Prüfungsformen (auch bei der Berechnung der *work load*), zielen auf die Vermittlung bestimmter Kompetenzen - an Stelle bloßer Lehrinhalte - ab, greifen auf sehr umfangreiche Internet-Lehrhilfen zurück und werden mit einer Gesamtnote abgeschlossen. Eine weitergehende Modularisierung im Sinne einer Zusammenlegung zu größeren Blöcken, wie u.a. von der deutschen Bund-Länder-Kommission (BLK 2002: 4-18) propagiert, ist jedoch derzeit nicht geplant.

Die Einheitlichkeit des niederländischen Hochschulsystems zeigt sich auch beim Vergleich der politikwissenschaftlichen BA-Curricula. Alle vier Studiengänge (Amsterdam, Leiden, Nimwegen, VU) sind auf drei Jahre (180 ECTS) angelegt und folgen in etwa derselben Grundstruktur:

- Im ersten Jahr findet eine relativ breite Orientierung in den Sozialwissenschaften statt.
- Im zweiten Jahr stehen die politikwissenschaftlichen Teilfächer im Vordergrund; daneben bestehen einige Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der individuellen Präferenzen der Studierenden.
- Das dritte Jahr wird in den meisten Fällen durch die Anwendung von Methoden und Forschungstechniken in der Politikwissenschaft dominiert und schließt mit der Bachelor-Arbeit ab; in Amsterdam stehen dagegen im dritten Jahr breite Wahlmöglichkeiten im Vordergrund.

Die Lehre im BA findet an allen Universitäten auf Niederländisch statt, zum Teil mit einer substantiellen Minorität von englischsprachigen Kursen (einerseits im Kontext des Sokrates-Programms, andererseits zur Vorbereitung auf möglicherweise englischsprachige Master-Programme). Angesichts der – auch inhaltlich-paradigmatisch – zunehmenden Homogenität der politikwissenschaftlichen BA-Studiengänge wird allgemein erwartet, dass sich Studierende bei der Wahl einer bestimmten Universität eher von der Entfernung zum Heimatort, der Attraktivität einer Universitätsstadt, dem generellen (weltanschaulichen) Charakter einer Universität sowie der – regelmäßig öffentlich evaluierten und bewerteten – Qualität der Lehre leiten lassen als von der inhaltlich-fachlichen Ausrichtung eines Studienganges. Auch wird implizit davon ausgegangen, dass Studierende im Regelfall während ihres BA-Studiums nicht den Studienort wechseln – zumindest wurde darauf verzichtet, auf Grundlage der bestehenden Modularisierung ein gemeinsames politikwissenschaftliches Kern-Curriculum zu vereinbaren, wie es die DVPW zur Zeit mit dem Ziel der Mobilitätsförderung auf nationaler Ebene versucht (vgl. DVPW 2003).⁹

Wesentlich markantere Wahlmöglichkeiten ergeben sich dann auf der Ebene des Master-Studiums. Die von den vier Universitäten angebotenen politikwissenschaftlichen Studiengänge sowie die *European Studies* an der Universität Twente unterscheiden sich hier zunächst im Hinblick auf ihre internationale Ausrichtung, wobei zwei Programme auf Englisch gelehrt werden und die übrigen vorwiegend auf Niederländisch. Daneben werden deutliche inhaltliche und methodische Schwerpunkte gesetzt. Im Bereich der Internationalen Beziehungen spezialisiert sich die VU hier z.B. auf transnationale Politik und das Regieren im Europäischen Mehrebenensystem, Leiden auf Diplomatie und traditionelle Außenpolitik, Nimwegen auf eine eher staatszentrische Perspektive und Twente auf das Regieren in der EU; Amsterdam verfügt über einen relativ allgemeinen Zugang zur internationalen und europäischen Politik, ebenfalls mit einem besonderen Akzent auf transnationaler Politik. Auch die anderen Teildisziplinen werden unterschiedlich hervorgehoben, wobei Politische Theorie v.a. von Amsterdam, Leiden und Nimwegen angeboten wird, Vergleichende Politikwissenschaft in erster Linie von Leiden, Nimwegen und der VU und Politikfeld-Analyse insbesondere in Twente und an der VU. Bei der Methodenausbildung liegt der Hauptunterschied darin, ob diese – als ein angewandtes Instrument – in das Studium der Politikwissenschaft integriert ist; letzteres ist in Leiden und Nimwegen weniger der Fall.

Alle genannten Schwerpunktsetzungen gehören zu der langen Reihe von strategischen Entscheidungen, die auf der akademischen Arbeitsebene beim Übergang zum BA/MA-System getroffen werden sollten. Nachfolgend werden die wichtigsten Weichenstellungen bei diesem Übergang kurz skizziert und ihre Implikationen mit Hilfe der an der VU gewählten Optionen illustriert. Im Vordergrund steht dabei die Existenz von Alternativen – ohne die Kenntnis von unterschiedlichen Problemlösungswegen droht die Einführung des BA/MA-Systems leicht einer vorgeblichen Sachzwang-Logik zu unterliegen. Um jedoch keine unrealistischen Perspektiven für die Einführung des gestuften Studiums in der deutschen Politikwissenschaft aufzuzeigen, werde ich nachfolgend – sofern möglich – auf die entsprechenden rechtlichen und professionspolitischen Rahmenbedingungen sowie bereits in Deutschland etablierte BA/MA-Studiengänge eingehen (also selbst bestimmte Sachzwänge tentativ akzeptieren).

Sechs zentrale Fragen sind m.E. bei der Einführung des gestuften Systems zu klären (vgl. auch DVPW 2001), abgesehen von der grundlegenden inhaltlichen Ausrichtung des jeweiligen Studienganges:

1. *Sind BA und MA zwei Phasen eines längeren Studiums oder in sich abgeschlossene Studiengänge?*
2. *Soll der BA eher eng-monodisziplinär oder breit-interdisziplinär angelegt werden?*
3. *Wie kann sichergestellt werden, dass der BA in nur drei Jahren zu einem qualifizierten (und berufsqualifizierenden) politikwissenschaftlichen Abschluss verhilft?*
4. *Welche Qualifikation soll zum Übergang auf den MA verlangt werden?*
5. *Soll der MA eher forschungsorientiert-theoretisch oder anwendungsorientiert-berufsbezogen angelegt werden?*
6. *Soll der MA eher auf eine nationale oder internationale Nachfrage ausgerichtet werden?*

Ausgeklammert werden im Folgenden pragmatische Fragen beim Übergang zum gestuften Studiensystem, wie z.B. jene nach einer umfassenden oder kohortenweisen Umstellung bzw. dem Umgang mit den verbleibenden Studierenden (und Kursen) des alten Studiensystems (vgl. BLK 2002: 34f). Auch wenn diese Fragen in der Praxis gerade für die aktuelle Studierendengeneration (wegfallende Kurse), aber auch für die Lehrenden (Doppelbelastung bei der Umstellung) massive Auswirkungen haben, sind sie doch nicht BA/MA-spezifisch, da sie bei jeder umfassenden Studienreform anstehen. Etwas problematisch dürfte allerdings ein fortdauernder Parallelbetrieb von altem und neuem Studiensystem sein, wie er in Deutschland zur Zeit noch vorherrscht (vgl. Keller 2003a: 21). Hier machen u.a. das Centrum für Hochschulentwicklung/CHE und der Stifterverband darauf aufmerksam, dass dieser Parallelbetrieb Studienbewerber und zukünftige Arbeitgeber verunsichern sowie bei begrenzten Ressourcen zur bloßen Umbenennung alter Studienfächer führen würde (vgl. FAZ vom 8. 7. 2003, Seite 4, CHE 2003: 3f). Folgerichtig empfiehlt die Hochschulrektorenkonferenz in ihrer jüngsten Plenarresolution, nun alle Diplom-, Magister- und Staatsexamensstudiengänge – bis auf begründete Ausnahmefälle – durch BA/MA-Studiengänge zu ersetzen (HRK 2003: 5).

3. Erfahrungen mit der Umsetzung des politikwissenschaftlichen BA/MA-Studienganges an der Vrije Universiteit Amsterdam

Die Fachgruppe Politikwissenschaft ist an der VU zusammen mit Anthropologie, Kommunikationswissenschaft, Soziologie und Verwaltungswissenschaft in die sozialwissenschaftliche Fakultät eingebettet, sie umfasst derzeit Stellen für 6 Professoren (C3/C4-Äquivalent), 6 Universitätsdozenten (C1/C2-Äquivalent) und 12 (projektfinanzierte) wissenschaftliche Mitarbeiter (Doktoranden und Post-Docs). Der politikwissenschaftliche Bachelor-Studiengang der VU wurde zum 1.9. 2002 eingeführt, nach einer etwa zweijährigen Vorbereitungsperiode. Im ersten Jahr studierten 40 Studierende im neuen dreijährigen Ausbildungsgang (180 ECTS), eine Einschreibung für die alten Programme, die noch von etwa 200 Studierenden gefolgt werden, war nicht mehr möglich. Der Master-Studiengang Politikwissenschaft (60 ECTS) wird zum 1.9. 2004 eingeführt, hat jedoch für 15 Studierende

bereits am 1.9. 2003 mit dem sogenannten *Pre-Master Year* (PMY) begonnen. Das PMY (60 ECTS) dient zum Aufbau ausreichender Vorkenntnisse bei solchen Interessenten für den Master-Studiengang, die zuvor keinen einschlägigen (universitären) politikwissenschaftlichen Studiengang absolviert haben.

1. Sind BA und MA zwei Phasen eines längeren Studiums oder in sich abgeschlossene Studiengänge?

Ein Grundprinzip bei der Einführung des BA/MA-Systems an der VU lautet, dass beide Zyklen in sich abgeschlossene Einheiten darstellen sollen, nicht zwei eng aufeinander bezogene Stufen eines längeren Studiums. Letzteres scheint entsprechend der Beobachtungen des Stifterverbandes bisher das Standardmodell in Deutschland zu sein (vgl. FAZ vom 8.7. 2003, Seite 4), auch wenn die jüngst vorgelegten Thesen der Kultusministerkonferenz (2003) für eine Trennung der beiden Studienabschnitte plädieren. Das konsekutive Modell, bei dem in Deutschland häufig die Zwischenprüfung ein Jahr nach hinten geschoben und zum BA umdekoriert wird, droht nicht nur die (potentiell mobilitätsfördernde und studienzeitverkürzende) Einführung des BA/MA-Systems ad absurdum zu führen, sondern auch sehr problematische Folgen für diejenigen Studierenden mit sich zu bringen, die sich auf den Erwerb des BA beschränken oder nur einen politikwissenschaftlichen MA erwerben möchten. Aus dieser Grundüberlegung ergab sich für die VU die Notwendigkeit, einen eigenständigen politikwissenschaftlichen BA-Studiengang anzubieten, der bereits nach drei Jahren zu einem berufsqualifizierenden Abschluss verhilft, an Stelle des existierenden vierjährigen Studienganges. Gleichzeitig muss auch der einjährige MA eine in sich geschlossene Qualifikation anbieten können. Auf dieser Basis erschien es weniger sinnvoll, den bisherigen Studiengang einfach nach dem Muster $3+1=4$ aufzuspalten (und kosmetisch zu überarbeiten), als vielmehr beide Studiengänge grundlegend neu zu entwickeln. Während für den BA in einzelnen Fällen auf Kurse des alten Studiengangs zurückgegriffen werden konnte, baut der MA durchgehend auf Lehrveranstaltungen auf, die vollkommen neu entworfen werden mussten.

Begrenzt wird diese Trennung von BA und MA in den Niederlanden durch die gesetzliche Vorgabe, dass jedes BA-Programm mindestens Zugang zu einem MA-Programm erlauben muss. Dementsprechend müssen BA-Absolventen derselben Universität bei einem MA desselben Fachs ohne Einschränkung akzeptiert werden. Der VU Bachelor Politikwissenschaft gibt also automatisch Zugang zum VU Master-Studiengang Politikwissenschaft. Ein weiteres konsekutives Element liegt darin, dass die für den VU-Master vorausgesetzten Vorkenntnisse grob am Wissensstand nach dem an der VU absolvierten BA anknüpfen – andere Studierende müssen ihre Defizite ggf. durch zusätzliche Lehrveranstaltungen kompensieren (vgl. 4.). Trotzdem wird erwartet, dass viele Studierende ihren MA nicht an derselben Universität absolvieren werden, an der sie bereits ihren BA erworben haben, sondern an andere in- oder ausländische Universitäten strömen bzw. (zumindest vorübergehend) ins Berufsleben wechseln werden, so dass ein in sich geschlossener Charakter beider Studiengänge unabdingbar erscheint.

Für konsekutive Strukturen spricht dagegen nicht nur der weitaus geringere Restrukturierungsaufwand, sondern auch die Frage der Studienfinanzierung – bei nichtkonsekutiven Studiengängen können in Deutschland das BAföG wegfallen sowie Studiengebühren erhoben werden (vgl. Keller 2003a: 22). Auch bei niederländischen Studierenden existiert (nicht zu Unrecht) die Befürchtung, dass die MA-Ausbildung in Zukunft aus der staatlichen Studienfinanzierung herausfällt, bzw. dafür besondere Gebühren erhoben werden. Deshalb sollte bei der Entscheidung für eine nichtkonsekutive Struktur deutlich festgehalten werden, dass auch weiterhin die staatlich finanzierte – zeitlich ggf. versetzte – Absolvierung beider Stufen zu den Grundrechten der Studierenden gehört.

2. Soll der BA eher eng-monodisziplinär oder breit-interdisziplinär angelegt werden?

Eine der Kernfragen bei der Entwicklung der neuen BA-Studiengänge setzt an der Kombinatorik an (vgl. DVPW 2001). Soll der Bachelor nur ein Hauptfach, ein Hauptfach mit einem Nebenfach (*major/minor*), zwei Hauptfächer oder ein interdisziplinär integriertes Angebot umfassen? Gerade die in der deutschen Diskussion besonders gelobten Reformstudiengänge sind in der Regel interdisziplinär angelegt,¹⁰ so wie ja generell in der angelsächsischen Welt das Bachelor-Studium eher weit ausgelegt ist (van Cranenburgh 2003: 1). Auch aus der Sicht der Internationalen Beziehungen sprechen gewichtige Gründe für eine interdisziplinäre Herangehensweise, wie sie z.B. in Dresden verwirklicht ist – schließlich versteht sich diese gerade in der angelsächsischen Welt ja nicht als Teildisziplin der Politikwissenschaft, sondern als *International Studies*, mit starken Querbezügen zur Rechtswissenschaft, Ökonomie, Soziologie, Psychologie und Philosophie. Andere Teildisziplinen der Politikwissenschaft sind allerdings wesentlich fester in der Politikwissenschaft verankert, so wie die – an der VU besonders profilierte – Vergleichende Politikforschung. Zudem hat man an der VU eher ambivalente Erfahrungen mit interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Studiengängen (und den darum organisierten Fachgruppen) gemacht – diese ziehen zwar viele Studierende an, aber leiden auch an besonderen Problemen bei der Identitätsfindung und der internen Zusammenarbeit, insbesondere bei der Entwicklung einer gemeinsamen Forschungsagenda (die ja im Humboldtschen Ideal die Grundlage der Lehre ist). Auch für Studierende kann es von Vorteil sein, wenn sie – neben über eine breite Orientierung zu verfügen – zumindest in einer Disziplin wirklich zu Hause sind. Eine Rückkehr zur strikten Monodisziplinarität ist jedoch nicht sinnvoll – gerade AbsolventInnen der Politikwissenschaft profitieren im Berufsalltag von ihrer Fähigkeit, sich in juristische oder ökonomische Denkweisen hineinzuversetzen. Wahrscheinlich gibt es daher keinen Königsweg zur Wahl der Breite der neuen BA-Studiengänge. Ein pragmatisches Kriterium kann hier die Größe der politikwissenschaftlichen Fachgruppe sein – ist diese klein, liegt ein interdisziplinäres Vorgehen nahe (wie in Düsseldorf), ist sie groß, eher ein monodisziplinäres Modell mit integrierten Modulen von Nachbarwissenschaften (wie in Darmstadt). Auch die VU hat sich für einen um die Politikwissenschaft zentrierten Studiengang entschieden, mit eingepassten Beiträgen anderer Sozialwissenschaften.¹¹

Sofern Elemente anderer Disziplinen in ein politikwissenschaftliches BA-Studium integriert werden soll, stellt sich als nächstes die Frage nach dem Zeitpunkt – eher zu Beginn oder Ende des Studiums? Während in der deutschen Diskussion dafür plädiert wird, die interdisziplinäre Ergänzung in das dritte BA-Jahr zu platzieren (Meinke 2001: 12), hat sich die VU dafür entschieden, diese Elemente im ersten Jahr zu konzentrieren. Gewählt wurde dabei das Modell eines weitgehend gemeinsamen ersten Jahres für alle Sozialwissenschaften, um damit den Studierenden nicht nur eine breite Orientierungsphase, sondern auch ein müheloses Wechseln des Studienganges ohne Zeitverlust zu ermöglichen, falls die ursprüngliche Studienentscheidung revidiert wird; auch die Studienabbrecherquote wird so reduziert. Politikstudierende besuchen daher im ersten Jahr Module aus Anthropologie, Geschichtswissenschaft (Weltgeschichte), Soziologie, Kommunikationswissenschaft und Verwaltungswissenschaft; im zweiten Studienjahr tritt noch Ökonomie und Philosophie hinzu.

Schließlich ist noch die Form der Integration interdisziplinärer Elemente zu klären. Auch hier existieren zwei grundlegende Alternativen, einerseits der Besuch von Standardveranstaltungen anderer Disziplinen und andererseits die Organisation spezieller Einführungen für Politikstudierende. Letzteres hat den Vorzug, dass diese Veranstaltungen speziell auf die Anreicherung der politikwissenschaftlichen Kernausbildung ausgerichtet sind und nicht einfach nur einzelne Elemente aus dem eigenen Ausbildungsprogramm anderer Disziplinen herausgreifen, die für Politikstudierende nur wenig anschlussfähig sind. Andererseits ist mit der Erbringung spezieller Veranstaltungen für Politikstudierende und andere Fachfremde auch die Gefahr verbunden, dass diese mit einer wenig anspruchsvollen Einführung abgespeist werden. Die VU hat hier eine Mittellösung gewählt, insofern die einführenden Veranstaltungen im gemeinsamen ersten Jahr sowohl von den Studierenden der eigenen als auch der fachfremden Disziplin(en) besucht werden, so dass den Lehrenden sowohl die Notwendigkeit einer interdisziplinären Vermittlung als auch einer anspruchsvollen Einführung deutlich sind.

3. Wie kann sichergestellt werden, dass der BA in nur drei Jahren zu einem qualifizierten (und berufsqualifizierenden) politikwissenschaftlichen Abschluss verhilft?

Um diese Herausforderung zu meistern, liegen zwei Ansatzpunkte nahe, einerseits die Restrukturierung der politikwissenschaftlichen Fachausbildung und andererseits die intensiviertere Vermittlung von wissenschaftlichen Fertigkeiten, wie sie auch der deutsche Wissenschaftsrat (2000: 12) unter dem Stichwort der Schlüsselqualifikationen nahelegt. Beim ersten Ansatzpunkt existieren wiederum zwei grundlegende Alternativen. Einerseits kann versucht werden, die Fachausbildung so zu restrukturieren, dass die wichtigsten Grundinhalte in drei Jahren vermittelt werden, allerdings mit dem Risiko einer gewissen Verschulung des BA-Studiums. Andererseits kann dieser fachliche Anspruch auch relativiert werden, so dass sich die politikwissenschaftliche Ausbildung auf einige ausgewählte Kernmodule beschränkt, dafür jedoch den Studierenden in höherem Maße Wahlmöglichkeiten und Pflichtpraktika bietet. Beide Optionen haben auch erhebliche Auswirkungen auf die interuniversitäre Mobilität der Studierenden – diese wird von einem relativ stringenten und eng miteinander verzahnten

politikwissenschaftlichen Fachprogramm eher begrenzt, so dass hier ironischerweise der internationale Studierendenaustausch während der BA-Phase sogar verringert werden könnte (vgl. van Cranenburgh 2003: 8). Während die meisten deutschen Reformstudiengänge in den Sozialwissenschaften die zweite Option bevorzugen, hat sich die VU für eine weitgehende Beibehaltung der politikwissenschaftlichen Kernausbildung entschieden, wohl nicht zuletzt auf Grund eines ausgeprägten fachlichen Selbstbewusstseins. Für diese Option war zunächst eine strikte Prioritätensetzung notwendig, damit in drei Jahren wirklich ein solides Fundament in den politikwissenschaftlichen Kernfächern gelegt werden kann. Zum Opfer sind dieser Restrukturierung nicht nur einige persönliche Steckenpferde der Lehrenden gefallen, sondern auch weitergehende Wahlmöglichkeiten für Studierende und eine längere Praktikumphase. Weiterhin erforderte diese Komprimierung von Studieninhalten eine sehr genaue Koordination zwischen den einzelnen Lehrveranstaltungen, einschließlich der verwendeten Kursliteratur und Kursinhalte, um ein stringentes, konsekutives Lehrkonzept zu verwirklichen, das zu einem kontinuierlichen Kompetenzaufbau führt. Möglich war diese Koordination nur durch eine für den Verfasser aus dem deutschen Hochschulsystem eher unbekanntere Bereitschaft, zentrale Elemente eigener Lehrveranstaltungen offen zur Diskussion zu stellen und Anregungen der Kolleginnen zu akzeptieren (vgl. auch Reese 2003). Schließlich war es auch notwendig, eine Reihe von völlig neuen Lehrformaten zu entwickeln, die insbesondere durch *Co-Teaching* umgesetzt werden.

Besonders wichtig sind diese neuen Lehrformate in Hinsicht auf die zweite genannte Option, der etwas höheren Gewichtung von fachlichen Fertigkeiten gegenüber Fachwissen. Die Betonung des *learning to learn* sowie anderer genereller Kompetenzen wie der Fähigkeit zu selbstständigem und kritischem Denken, der Team- und Kommunikationsfähigkeit gehört nicht nur zu den Grundüberlegungen des Bologna-Prozesses mit seiner Betonung des lebenslangen Lernens, sondern auch zur Basis einer zeitgemäßen Politikwissenschaftsausbildung, insbesondere auch dann, wenn durch eine Straffung des Lehrprogramms Verschulungstendenzen drohen. Konkret impliziert diese Prioritätensetzung, dass das politikwissenschaftliche Studium inhaltlich etwas abgespeckt wird, gleichzeitig jedoch der Vermittlung von analytischen, forschungspraktischen und kommunikativen Fertigkeiten eine ausgeprägtere Beachtung geschenkt wird. Auch hier existieren zwei grundlegende Alternativen, einerseits die Vermittlung dieser Kompetenzen durch eine fachübergreifende Service-Stelle, wie beispielsweise im sogenannten Optionalbereich der BA-Studiengänge an der Ruhr-Universität Bochum, und andererseits ihre Integration in das politikwissenschaftliche Fachstudium, wie von der VU gewählt. Neu entwickelt wurden hier u.a. die Bachelor-Arbeitsgruppe (erstes Jahr), das Bachelor-Projekt (erstes Jahr) und ein Bachelor-Seminar (drittes Jahr, zur BA-Arbeit hinführend). Die Bachelor-Arbeitsgruppe beschäftigt sich vor allem mit dem Auffinden und der schriftlichen und mündlichen Vermittlung von (fachspezifischen) Wissensbeständen, das Bachelor-Projekt mit projektorientierter Arbeit im Team und eigener empirischer Forschung, und das Bachelor-Seminar mit der Entwicklung politikwissenschaftlicher Forschungsdesigns, jeweils anhand von Studierenden aus einer breiten thematischen Palette selbstgewählter Untersuchungsgegenständen. Alle diese Lehrformate sind allerdings relativ personalintensiv, da sie nur in Kleingruppenarbeit erfolgreich durchgeführt werden können, und verlangen besondere didaktische Qualifikationen.

Weiterhin erschien es im Hinblick auf die fachlichen Fertigkeiten sinnvoll, auch Methoden und Techniken der empirischen Politikforschung – nicht nur an der VU ein Kernelement des niederländischen Politikstudiums – in politikwissenschaftliche Fachveranstaltungen zu integrieren, anstatt sie in traditioneller Weise separat anzubieten, häufig durch fachfremde Dozenten (Methodenspezialisten). Zu den Vorzügen dieser Vorgehensweise gehört, dass methodische Kompetenzen mit Bodenhaftung vermittelt, also an konkreten fachlichen Gegenständen erlernt werden (vgl. auch Pasternak 2001: 297). Dieser Logik folgend war allerdings zwischen den Lehrenden auch eine Abstimmung notwendig, wie sich die verschiedenen Lehr- und Prüfungsformen auf die “normalen” politikwissenschaftlichen Module verteilen, beispielsweise um eine Vorlesungs-/Klausurmonokultur zu vermeiden. Schließlich lag es insbesondere bei einer protestantischen Universität wie der VU nahe, den durch verkürzte Studienzeiten drohenden Mangel an akademischer Prägung zumindest teilweise durch besondere Lehrveranstaltungen aufzufangen, die sich mit der Reflexion über ethische Fragen, das Wesen der Wissenschaft etc. beschäftigen.

4. Welche Qualifikation soll zum Übergang auf den MA verlangt werden?

In der niederländischen Reformdiskussion gehört die Frage nach der Zulassung zum Master zu den politisch heikelsten Themen, zusammen mit der Studienfinanzierung. Sehr gut verständlich sind hier zunächst die Befürchtungen der Studierenden, dass mit der Einführung eines zweigestuften Studiensystems auch ein Zweiklassenstudium eingeführt wird, bei dem die breite Masse der Studierenden mit dem BA abgespeist werden soll und nur einer (auch finanziell) privilegierten Elite der Zugang zum Masterstudium möglich ist. Auch in der Bundesrepublik liegen ähnliche Befürchtungen nahe, empfiehlt der Wissenschaftsrat (2000: 26) doch gerade, die von der Kultusministerkonferenz eröffnete Möglichkeit besonderer fachlicher Zugangsanforderungen zum MA-Studium zu nutzen und die DVPW (2001:3) schlägt vor, dass nur ein – auf Grundlage von Notendurchschnitt oder Eignungsprüfung – qualifizierter BA-Abschluß zum Übergang in den MA berechtigen soll. Festzuhalten ist zunächst, dass die Bologna-Deklaration zu dieser Frage keine Vorgaben macht, so dass auch hier kein externer Sachzwang vorliegt, sondern eher eine gesellschafts- und professionspolitische Grundentscheidung. Nun gibt es in der Tat angesichts des sehr heterogenen (in- und ausländischen) Kreises potentieller MA-Studierender gute fachliche Gründe, bestimmte inhaltliche Voraussetzungen für den Zugang zum MA zu verlangen, zumal bei einem einjährigen Programm wie an der VU, bei dem es kaum Möglichkeiten gibt, etwaige Defizite noch innerhalb des MA-Studiums zu kompensieren. In den Niederlanden tritt hier als besonderes Problem noch hinzu, dass nach der neuen Gesetzgebung auch FachhochschulabsolventInnen prinzipiell Zugang zu den universitären Master-Studiengängen erhalten sollen.

Dieses Dilemma wird in den egalitären Niederlanden in recht salomonischer – wenn auch quasi in Europa einzigartiger (vgl. Keller 2003a: 13) – Form gelöst. Zunächst legte der Gesetzgeber fest, dass Studierende, die einen BA an einer Universität erworben haben, automatisch ein Zugangsrecht zu einem MA an derselben Universität erhalten. Damit werden Befürchtungen hinsichtlich einer zu restriktiven Zulassungspraxis zum zweiten Zyklus zunächst etwas relativiert, jedoch in einer Form, die den Gestaltern der Master-Studiengänge

entgegenkommt, schließlich können sie ja das Anforderungsniveau in den eigenen Bachelor-Studiengängen selbst festlegen. Die weitere Lösung der Zulassungsproblematik ist nun einzelnen Universitäten und Studiengängen überlassen. Beim politikwissenschaftlichen Studiengang der VU ist der Zugang zum Master für Studierende mit ausreichenden fachspezifischen Vorkenntnissen prinzipiell offen, allerdings müssen mögliche individuelle Defizite durch zusätzliche Studien kompensiert werden, sofern die Bewerber grundsätzlich für das Masterstudium qualifiziert sind. Zuständig ist hier eine Zulassungskommission, welche die Qualifikation der einzelnen Bewerber auf Grund eines umfangreichen Dossiers überprüft und ihnen, falls notwendig, Auflagen erteilt, die vor Beginn des Masterstudiums erfüllt sein müssen. Diese Auflagen können den Umfang von bis zu einem vollen Jahr von – individuell zusammengestellten – Studien aus dem regulären BA-Programm annehmen, je nach persönlichen Defiziten. Eine besondere Bedeutung kommt zudem dem Pre-Master Year (PMY) zu, das ebenfalls auf dem regulären BA-Angebot aufbaut, jedoch standardisiert ist. Das PMY richtet sich an Studierende mit einem Abschluss an einer niederländischen Fachhochschule (HBO), häufig mit einem journalistischen oder administrativen Hintergrund, die ihre Ausbildung mit einem (nunmehr zweijährigen) MA in Politikwissenschaft abrunden möchten (Politikwissenschaft wird an niederländischen Fachhochschulen nicht gelehrt). Das Pre-Master Year ist speziell auf die Bedürfnisse von HBO-Absolventen zugeschnitten und betont – neben zentralen politikwissenschaftlichen Grundkenntnissen – vor allem den Erwerb von wissenschaftlichen Fertigkeiten und Methoden. HBO-Absolventen, die grundlegenden Qualifikationsanforderungen (insbesondere in Englisch- und Mathematik, aber auch sozialwissenschaftliche Grundkenntnisse) genügen, werden zum PMY zugelassen und können nach dessen erfolgreicher Absolvierung am Masterstudium teilnehmen; bei sehr geringen Mängeln in Englisch und Mathematik wird zum Teil noch zusätzlich der Besuch einer vorbereitenden *summer school* vorgeschrieben.

5. Soll der MA eher forschungsorientiert-theoretisch oder anwendungsorientiert-berufsbezogen angelegt werden?

Die Differenzierung zwischen forschungs-/theorieorientierten und mehr anwendungsorientierten/berufsbezogenen Masterstudien wurde in Deutschland vom Wissenschaftsrat (2000: 27) aufgeworfen und von der Kultusministerkonferenz (2001: 7f, 2003) bestätigt, wobei letztere politikwissenschaftliche Masterprogramme pauschal den stärker theorieorientierten Studiengängen und verwaltungswissenschaftliche Studiengänge den stärker anwendungsorientierten Studiengängen zugeordnet hat. Abgesehen davon, dass der Sinn einer solchen pauschalen Zuordnung zweifelhaft ist und letztere besser dem individuellen Profil einzelner Fachgruppen folgt, sollte diese Differenzierung an Universitäten nicht allzu strikt genommen werden, insbesondere zur Anwendungsorientierung hin. Gerade in den Sozialwissenschaften mit ihrem Mangel an konkreten Berufsbildern verspricht eine anspruchsvolle, forschungsorientierte Ausbildung eher die Vermittlung einer langfristig vielfältig nutzbaren Qualifikation als eine vordergründige Ausrichtung der Studieninhalte an der aktuellen beruflichen Praxis, wie sie z.B. der Stifterverband im Rahmen seiner Auszeichnung von BA/MA-Programmen propagiert (vgl. FAZ vom 8.7. 2003, Seite 4).

Letztendlich stimmt allerdings im Fall der VU die Ausrichtung des Politik-Masters mit den in Deutschland vorliegenden Empfehlungen überein. Ausgangspunkt für die Forschungsorientierung waren hier zwei Überlegungen. Zunächst wird angenommen, dass die Mobilität der Studierenden nach dem BA deutlich zunehmen wird, so dass Studierende nicht automatisch im Masterprogramm der eigenen Hochschule weiterstudieren werden. Um eine ausreichende Anzahl von Studienanfängern zu gewinnen, ist es daher notwendig, diesen ein Masterstudium mit einem deutlichen und attraktiven Profil anzubieten. Im Vergleich zum eher breiten, relativ standardisierten Bachelor-Studium liegt es dabei nahe, den Master deutlich selektiver und spezialisierter anzulegen, zudem bei einem einjährigen Programm, das vielfältige Wahlmöglichkeiten für Studierende (Cafeteria-Ansatz) ohnehin nicht sinnvoll erscheinen lässt. Bei einer stark forschungsorientierten, international ausgerichteten Abteilung ist zudem eine entsprechende Ausrichtung des Masters eine attraktive Option.

Im Fall der VU werden diese Überlegungen im Rahmen eines politikwissenschaftlichen Masters mit zwei Vertiefungsvarianten, *Comparative Politics and Public Policy Analysis* und *International Relations and Transnational Governance*, umgesetzt (vgl. VU 2002). Das der Entwicklung dieses Masters zugrundeliegende Forschungsprogramm der Fachgruppe geht davon aus, dass die Grenzen zwischen den traditionellen Domänen von Vergleichender Politikforschung und Internationalen Beziehungen auf Grund der zunehmenden Transnationalisierung von Politik poröser werden müssen, insbesondere bei der Analyse des europäischen Mehrebenensystems. Die Internationalen Beziehungen (IB) können sich daher nicht mehr auf die Analyse zwischenstaatlicher Beziehungen beschränken, während die Vergleichende Politikforschung (VP) ebenfalls ihren methodischen Nationalismus relativieren muss. Gerade beim Studium der Europäischen Union wird zudem deutlich, dass die Kombination von VP und IB-Konzepten sehr produktiv sein kann (vgl. z.B. Risse-Kappen 1996; Hix 1999; Jupille/Caporaso 1999).¹² In der Master-Ausbildung wird diese Grundüberlegung dahingehend reflektiert, dass sowohl in dem von allen Studierenden zu belegenden *core stream* als auch – in etwas geringerem Maße – in den beiden Vertiefungsvarianten IB- und VP-Aspekte kombiniert werden. So beschäftigen sich VP-Module auch mit dem Einfluss der Europäischen Union auf nationale Politik, während IB-Module auch die Wechselwirkung zwischen internationaler Politik und (trans-)nationalen sozioökonomischen Akteuren und Systemen reflektieren. Im gemeinsamen *core stream* stehen neben dem europäischen Mehrebenensystem als Schnittpunkt von IB und CP metatheoretische und methodische Fragen im Vordergrund, die beide Teildisziplinen der Politikwissenschaft beschäftigen. Kehrseite dieser Ausrichtung des Masters ist allerdings, dass den Studierenden kein umfassendes Studium der Politikwissenschaft geboten wird – manche Teildisziplinen (wie die Beschäftigung mit dem niederländischen Regierungssystem) fehlen völlig, andere (wie die Politische Theorie und die Methodik) werden in das Studium von VP und IB integriert. Selbst die Internationalen Beziehungen werden im Rahmen dieses forschungsorientiert-spezialisierten Masters nicht in voller Breite abgedeckt, so wird etwa die traditionelle Außenpolitikanalyse weitgehend ausgeklammert.

Eine zweite Konsequenz aus der forschungsorientierten Ausrichtung des Masters liegt in der Betonung der Befähigung der Studierenden zur eigenständigen wissenschaftlichen Arbeit. Zu dieser Zielsetzung tragen nicht nur substantielle metatheoretische Elemente

und eine relativ aufwendige, in das Studium politikwissenschaftlicher Inhalte integrierte Methodenausbildung bei, sondern auch das große Gewicht, das der MA-These (einschließlich dem MA-Workshop) mit 24 von insgesamt 60 ECTS zukommt; vorgesehen ist hier eine sehr intensive Betreuung der Abschlußarbeiten, die durch die gute Betreuungsrelation (erwartet werden ca. 60 MA-Studierende) ermöglicht wird.

6. Soll der MA eher auf eine nationale oder internationale Nachfrage ausgerichtet werden?

Diese Frage mag für deutsche Lehrende möglicherweise etwas exotisch klingen, angesichts der traditionellen Ausrichtung auf deutsche Studierende. Der Bologna-Prozess sollte hier jedoch Veränderungen hervorrufen, langfristig auch das GATS. Zudem mag es auch unabhängig von diesen externen Zwängen überlegenswert sein, Studierende auf eine internationalisierte Arbeitsumgebung durch entsprechend angelegte Studiengänge vorzubereiten. Auch die Nachfrageorientierung mag etwas ungewöhnlich sein, leiden doch deutsche Politikstudiengänge eher an zu vielen als an zu wenigen Studierenden. Aber auch hier mag es sinnvoll sein, die Entwicklung eines neuen Masterstudiengangs durch eine gründliche Marktanalyse zu begleiten, einerseits um die Abbrecherquote zu reduzieren und andererseits um für qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs attraktiv zu sein. In den Niederlanden hingegen ist die Rekrutierung einer ausreichenden Anzahl von Studierenden – wie im angelsächsischen Raum – eine Überlebensfrage für jede Fachgruppe. Reicht die Studierendenzahl nicht aus, sind Entlassungen unumgänglich, bis hin zur Schließung ganzer Fachgruppen.

Zumindest in unserem kleinen Nachbarland ist die Frage nach nationaler oder internationaler Ausrichtung eng mit jener nach Forschungs- oder Berufsorientierung verbunden. Während ein berufsorientierter Studiengang auch auf dem niederländischen Markt eine ausreichende Nachfrage von Politik- bzw. Verwaltungsstudierenden erwarten kann (beispielsweise durch Ausrichtung auf eine administrative oder journalistische Tätigkeiten),¹³ ist dieses für einen forschungsorientierten Master-Studiengang wie jenem an der VU weniger sicher. Letzterer richtet sich vor allem an Studierende mit wissenschaftlichen Karriereinteressen oder der Ambition, als hochqualifizierter *professional* eine Beratungsfunktion im öffentlichen oder privaten Sektor einzunehmen. Auch angesichts der zu erwartenden Mobilität von BA-Absolventen ist nicht unbedingt davon auszugehen, dass in den Niederlanden eine ausreichende Nachfrage für dieses Profil zu finden ist, während sich gleichzeitig die Chancen für eine Rekrutierung ausländischer Studierender durch die post-BA Mobilität verbessern. Zudem bestehen mit einem (quasi-englischsprachigen) Standort wie Amsterdam relativ gute Voraussetzungen, ausländische Studierende zu gewinnen. Als Konsequenz hat sich die VU entschlossen, den gesamten Master Politikwissenschaft auf Englisch zu lehren. Diese Option hat auch ihre Kehrseiten, ganz abgesehen davon, dass ausländische Studierende prinzipiell die Sprache des Gastlandes erlernen sollten (war aber bei einem einjährigen Programm wenig realistisch ist). Insbesondere ist zu befürchten, dass niederländische Studierende der VU, die sich ihrer Englischkenntnisse nicht so sicher sind, die Universität wechseln und einen MA-Studiengang Politikwissenschaft in ihrer Muttersprache wählen werden. Trotzdem ist die VU dieses Risiko eingegangen, nicht zuletzt in der Erwartung, dass gerade hochqualifizierte

niederländische Studierende in der fremdsprachigen Lehre eine besondere Herausforderung und – angesichts zunehmend internationalisierter Arbeitsplätze – einen zusätzlichen Qualifikationsvorteil sehen werden.

Eine weitere Konsequenz der internationalen Ausrichtung des Masters lag darin, seine Einführung durch eine internationalen Beratungskommission (Roger Tooze, Ian Budge und Michael Smith) begleiten zu lassen, die über langjährige Erfahrungen mit der Konkurrenz auf dem internationalen MA-Markt verfügt. Diese Kommission wiederum hat nicht nur die oben beschriebene inhaltlich-didaktische Ausrichtung des Studiengangs beeinflusst, sondern auch wichtige organisatorische Hinweise gegeben. So erfordert die Internationalisierung erhebliche Ressourceninvestitionen (auch auf Fachgruppenebene), von der Etablierung eines qualifizierten und international orientierten Beratungs- und Zulassungswesens über die *Public Relations* (Broschüren, Poster, Internet etc.) bis hin zur Unterstützung der ausländischen Studierenden bei Meldewesen, Hochschulinfrastruktur, Sprachkursen, Wohnungssuche und Studienfinanzierung. Und schließlich war für die Qualitätssicherung einer international kompetitiven Lehre eine hochschuldidaktische und fachsprachliche Weiterbildung sämtlicher Dozenten eine naheliegende Option, selbst für Lehrende der Internationalen Beziehungen. So gesehen ist die Einführung international ausgerichteter gestufter Studiengänge möglicherweise ein besonders guter Ansatzpunkt zur Umsetzung von Forderungen, die in der Disziplin bereits seit längerem artikuliert werden (vgl. Albert/Hellmann 2001; Ulbert/Jetschke 2002).

Anmerkungen

- ¹ Für sehr hilfreiche Kommentare zu einer früheren Version dieses Papiers danke ich Hans Keman, Henk Overbeek, Bastiaan van Apeldoorn, Arjan Vliegthart (alle Vrije Universiteit), Markus Haverland (Nimwegen), Otto Holman (Amsterdam) und Madeleine Hosli (Leiden) sowie den Teilnehmerinnen des Panels "Lehre in den Internationalen Beziehungen" der Sektion Internationale Politik im Rahmen des 27. Wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft/DVPW, Mainz, 22.-25. September 2003.
- ² Anders als in der deutschen Hochschulreformediskussion häufig dargestellt, gehört eine über die Akkumulierung von ECTS-Leistungspunkten herausgehende Modularisierung von Lehrveranstaltungen nicht zu den Kernelementen der Bologna-Deklaration oder des sich anschließenden Bologna-Prozesses.
- ³ Bachelor und Master werden allerdings in der Bologna-Erklärung nicht explizit genannt, gleiches gilt für präzise Angaben zur Studiendauer, abgesehen von einer Mindestdauer des ersten Zyklus von drei Jahren (Keller 2003a: 32).
- ⁴ Neben Polen scheint Deutschland das einzige Land im Europäischen Hochschulraum zu sein, das die Entscheidung des Übergangs zur gestuften Struktur völlig den einzelnen Hochschulen überlassen hat (Reichert/Tauch 2003: 64). Allerdings haben Baden-Württemberg und Hamburg inzwischen die Komplettumstellungen auf die neue Studienstruktur angekündigt (Keller 2003b: 1125).
- ⁵ Dieser Abschnitt beruht in großen Teilen auf Keman (2003).
- ⁶ In der Säulensystematik wäre Leiden einer liberalen "Staatselite" zuzurechnen.
- ⁷ Ein Sonderfall ist das University College Utrecht, bei dem erstmals das Modell eines amerikanischen "liberal arts colleges" nach Europa transferiert wurde. Hier besteht im Rahmen der BA-Ausbildung mit sehr ausgeprägten Wahlmöglichkeiten die Option eines "majors" in Sozialwissenschaften, mit einem substantiellen (und zunehmenden) Anteil an politikwissenschaftlichen Fächern.
- ⁸ Die Universität Leiden hat zusätzlich zu dem bereits 2002 eingeführten konventionellen (einjährigen) Master in Politikwissenschaft in diesem Herbst als Sonderfall einen zweijährigen kommerziellen (d.h. durch besondere Studiengebühren finanzierten) Master in *International Relations and Diplomacy* begonnen, in Zusammenarbeit mit dem *Netherlands Institute of International Relations Clingendael*.
- ⁹ Eine solche Einigung fällt selbst in der übersichtlichen Hochschullandschaft der Niederlande schwer. Kein Wunder, wenn nicht einmal innerhalb der politikwissenschaftlichen Fachgruppe der Universität Leiden Einigkeit darüber besteht, ob ein voller Kurs in Rational Choice-Theorie in das politikwissenschaftliche Kerncurriculum gehört, vgl. van Cranenburgh (2003: 9).
- ¹⁰ So hat der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft bei seiner Prämierung von besonders gelungenen Bachelor- und Masterstudiengängen in den Sozialwissenschaften nur interdisziplinäre Studiengänge ausgewählt ("Sozialwissenschaften" in Düsseldorf und "Philosophy&Economics" in Bayreuth), vgl. FAZ vom 8.7. 2003, Seite 4.
- ¹¹ Armingeon/Klingemann (2003: 54) weisen allerdings darauf hin, dass die typische europäische Fachgruppe Politikwissenschaft eher klein ist, so dass ein sozialwissenschaftlicher BA mit einem *major* in Politikwissenschaft als Standardfall nahe liegt.
- ¹² Obwohl die Europäische Union einen natürlichen, IB und CP gemeinsamen Fixpunkt des Curriculums abgibt, divergiert der an der VU gewählte analytische Zugang zur Union in seiner Schwerpunktsetzung doch deutlich von dem eher deskriptiven, enzyklopädischen Kerncurriculum für "EU Studies", das jüngst im Rahmen eines epsNet-Projektes entwickelt wurde, vgl. Umbach/Scholl (2003).
- ¹³ Die Lehrerausbildung ist in den Niederlanden separat organisiert.

Verweise

- Albert, Mathias/Hellmann, Gunther 2001
Schlechte Massenausbildung zum Hochschullehrerberuf? Zur Situation der Lehre in den Internationalen Beziehungen in Deutschland, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8: 2, 345-361.
- Armingeon, Klaus/Klingemann, Hans-Dieter 2003
Implementing the Bologna-Declaration. A Discussion Paper, in: *epsNet Kiosk Plus* 1: 1, 54-55.
- BLK 2002
Modularisierung in Hochschulen: Handreichung zur Modularisierung und Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen. Erste Erfahrungen und Empfehlungen aus dem BLK-Programm „Modularisierung“, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Bonn (*Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung*, Heft 101).
- CHE 2003
Argumente für eine rasche und konsequente Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge an deutschen Hochschulen. Positionspapier I zu Bachelor- und Masterstudiengängen, Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh.
- Conference of Ministers 2003
Realising the European Higher Education Area. Communiqué of the Conference of Ministers responsible for Higher Education in Berlin on 19 September 2003.
- DVPW 2001
Gestufte Studiengänge in Politikwissenschaft. Empfehlungen von Vorstand und Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Düsseldorf, 20.10.2001.
- DVPW 2003
Gestufte Studiengänge in der Politikwissenschaft – Empfehlungen zu einem Kerncurriculum von Vorstand und Beirat der DVPW. Beschlossen von Vorstand und Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, 24.5.2003.
- ESIB 2001
Student Göteborg Declaration, ESIB/The National Unions of Students in Europe, 25.3. 2001.
- Hix, Simon 1999
The Political System of the European Union. New York.
- HRK 2003
Im europäischen Hochschulraum. Sachstand und Strategien der deutschen Hochschulen in Vorbereitung der Berlin-Konferenz am 18./19. September 2003 (Entschließung des 200. Plenums am 8. Juli 2003), Hochschulrektorenkonferenz, Bonn.
- Jupille, Joseph/Caporaso, James A. 1999
Institutionalism and the European Union: Beyond International Relations and Comparative Politics, in: *Annual Review of Political Science* 2, 429-444.
- Keller, Andreas 2003a
Von Bologna nach Berlin. Perspektiven eines Europäischen Hochschulraums im Rahmen des Bologna-Prozesses am Vorabend des europäischen Hochschulgipfels 2003 in Berlin, Expertise im Auftrag von Felekna Uca (Mitglied des Europäischen Parlaments), in: <http://www.bdwi.de/texte/001.htm>, 4.8. 2003.
- Keller, Andreas 2003b
Von Bologna nach Berlin: Perspektiven eines Europäischen Hochschulraumes, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 48: 9, 1119-1128.
- Keman, Hans 2003
Politik- und Sozialwissenschaften in den Niederlanden, Vortragsmanuskript für die Deutsch-Niederländischen Hochschultage in Münster, 3./4.7. 2003, unv. Ms.
- KMK/HRK/BMBF 2002
National Report Germany. Realizing the Goals of the Bologna Declaration in Germany: Present Situation and Follow-up until the Conference in Berlin 2003, gemeinsamer Bericht von Kultusministerkonferenz, Hochschulrektorenkonferenz und Bundesministerium für Bildung und Forschung (as of 25 April 2003), in: http://www.bologna-berlin2003.de/en/national_rep_germany.htm, 23.7. 2003.
- Kultusministerkonferenz 2001
Strukturvorgaben für die Einführung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen, Beschluss der KMK vom 5.3. 1999 in der Fassung vom 14.12. 2001.

- Kultusministerkonferenz 2003
10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland, Beschluss der KMK vom 12.6. 2003.
- Mai, Manfred 2003
 Zur Kritik der Bachelor- und Masterstudiengänge, in: *DVPW Rundbrief* 128, 142-146.
- Meinke, Britta 2001
 Wenn der Prophet nicht zum Berg kommt... Ergebnisse des Workshops zur Lehre in den Internationalen Beziehungen, Darmstadt, 1./2.3. 2001, in: <http://www.uni-stuttgart.de/soz/ib/dvpw/>, 23.7. 2003.
- Pasternak, Peer 2001
 Es ist noch kein Master vom Himmel gefallen: Gestufte Abschlüsse in einer bildungs- und systemtheoretischen Perspektive, in: Welbers, Ulrich (Hrsg.), *Studienreform mit Bachelor und Master. Gestufte Studiengänge im Blick des Lehrens und Lernens an Hochschulen: Modelle für die Geistes- und Sozialwissenschaften*. Neuwied, 286-302.
- Reichert, Sybille/Tauch, Christian 2003
Trends in Learning Structures in European Higher Education III – Bologna Four Years After: Steps Towards Sustainable Reform of Higher Education in Europe. Draft Summary – European University Association Graz Convention, 29-31 May 2003.
- Reese, Jürgen 2003
 Für das Leben lernen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.6. 2003, S.6.
- Risse-Kappen, Thomas 1996
 Exploring the Nature of the Beast: International Relations Theory and Comparative Policy Analysis Meet the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 34: 1, 53-80.
- Tauch, Christian/Rauhvargers, Andrejs 2002
Survey on Master Degrees and Joint Degrees in Europe, European University Association, Genf 2002.
- Tauch, Christian/Wuttig, Siegbert 2003
 Comparative Analysis of Selected Statements on the European Higher Education Area, based on the Bologna Declaration and the Prague Communiqué (last update: 28 March 2002), in: http://www.bologna-berlin2003.de/en/main_documents/docu/comparative.htm, 23.7. 2003.
- Ulbert, Cornelia/Jetschke, Anja 2002
 Überlegungen zur Sicherung und Steigerung der Qualität der Lehre im Bereich der Internationalen Beziehungen. Ergebnisse eines Workshops. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9: 2, 365-84.
- Umbach, Gaby/Scholl, Bruno 2003
 Towards a Core Curriculum in EU Studies, in: *European Political Science* 2: 2, 71-80.
- Van Cranenburgh, Oda 2003
The BA-MA Structure and Mobility of Students in European Political Science, Konferenzpapier präsentiert bei der „2003 epsNet Plenary Conference: Political Scientists in the New Europe“, 13.6.2003.
- VU 2002
Master in Political Science, Draft Submitted to International Review Panel, Vrije Universiteit Amsterdam, Department of Political Science, unv. Ms..
- Welbers, Ulrich (Hrsg.) 2001
Studienreform mit Bachelor und Master. Gestufte Studiengänge im Blick des Lehrens und Lernens an Hochschulen: Modelle für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Neuwied.
- Wissenschaftsrat 2000
Empfehlungen zur Einführung neuer Studienstrukturen und-abschlüsse (Bakkalaureus/Bachelor – Magister/Master) in Deutschland, Berlin, 21.1. 2000.

Working Papers Political Science Vrije Universiteit Amsterdam

2002

01/2002

Paul Pennings and Hans Keman

'The Dutch Parliamentary Elections of 2002: Fortuyn versus the Establishment.'

02/2002

Tanja A. Börzel and Madeleine O. Hosli

'Brussels between Berlin and Bern: Comparative Federalism meets the European Union.'

03/2002

Andreas Nölke

'Networks versus Networks: A Critical Appraisal of Post-National Governance Approaches with a Focus on International Organisations.'

04/2002

Tanja Aalberts

'Multilevel Governance and the Future of Sovereignty: A Constructivist Perspective.'

2003

01/2003

Henk Overbeek

'Globalisation, Neo-liberalism and the Employment Question.'

02/2003

André Krouwel

'Measuring presidentialism of Central and East European countries.'

03/2003

Harmen Binnema

'How Europe hits parties... or not? Europeanisation of party programmes in the Netherlands and the United Kingdom.'

04/2003

Andreas Nölke

'Alternativen bei der Einführung von "Bologna" Die Umstellung auf das BA/MA-System in der niederländischen Politikwissenschaft.'

Papers are available for downloading at <http://www.politicalscience.nl>